

foodwatch Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention (Präventionsgesetz - PrävG) anlässlich der öffentlichen Anhörung im Gesundheitsausschuss am 22. April 2015

Stand: 20. April 2015

Einführung

Übergewicht und Fettleibigkeit bei Kindern sowie Erwachsenen haben in den vergangenen 20 Jahren dramatisch zugenommen. Der wesentliche Grund dafür ist, dass sich die Lebensverhältnisse sowie das Lebensmittelangebot stark gewandelt haben – jederzeit und überall sind hochkalorische, hochgradig verarbeitete Lebensmittel im Übermaß verfügbar. Dabei prägt die Lebensmittelwirtschaft durch an Kinder gerichtetes Marketing bereits junge Konsumenten auf jene Produkte, die die größte Profitabilität versprechen: Zuckerhaltige Getränke, Süßwaren und Snacks. Sogar in staatlicher Obhut, im Rahmen der Schulverpflegung, bekommen Kinder ein Lebensmittelangebot, das den Ernährungsempfehlungen nicht entspricht: Sie bekommen zu viel Fleisch, zu viel Süßes und zu wenig Obst und Gemüse.

Der durch diese ungesunden Lebensverhältnisse bedingte Anstieg chronischer Krankheiten verursacht nicht bloß individuelles Leiden der Betroffenen, sondern auch erhebliche gesamtgesellschaftliche Kosten: Allein durch Adipositas entstehen in Deutschland etwa 20 Milliarden Euro zusätzliche Kosten für das Gesundheitswesen.¹

Zum Gesetzentwurf insgesamt

Der Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe hat Ende 2014 über das Präventionsgesetz gesagt:

„Ziel ist, Krankheiten zu vermeiden, bevor sie überhaupt entstehen.“²

Dieses ehrgeizige Ziel wird unerreichbar bleiben, wenn das Präventionsgesetz in der jetzigen Form verabschiedet wird. Der ernährungsmitbedingte Anstieg chronischer Krankheiten wird sich mit dem verhaltenspräventiven Ansatz des Entwurfs des Präventionsgesetzes nicht verhindern lassen.

Es ist geradezu eine Kapitulationserklärung der Bundesregierung vor den Gewinninteressen der Lebensmittelwirtschaft, dass im *gesamten* Gesetzentwurf mit keiner Silbe die Mitverantwortung der Lebensmittelwirtschaft für die grassierende Fehlernährung von Kindern, den dramatischen Anstieg chronischer Krankheiten sowie für die Kosten im Gesundheitswesen genannt wird. Zu der dringend notwendigen Regulierung der Lebensmittelwirtschaft im Sinne der Förderung einer ausgewogenen Ernährung schweigt der Gesetzentwurf ebenfalls.

Die Tatsache, dass die Bundesregierung in ihrer Gegenäußerung auf den Bundesrat (BT-Drucksache 18/4282, S. 63ff) die Berücksichtigung der „Prävention von Mangel- und Fehlernährung und die Übergewichts- und Adipositasprävention“ abgelehnt hat, bestätigt die im Juni 2013 von Margaret Chan, Generaldirektorin der Weltgesundheitsorganisation (WHO), vorgetragene Kritik über die insuffiziente Präventionspolitik von Regierungen im Hinblick auf chronische Krankheiten:

¹ Effertz T, Linder R, Verheyen F. (2013) Die ökonomischen Kosten von Adipositas in Deutschland, Poster-Präsentation auf der 8. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Epidemiologie, 26.09.2013, Leipzig

² Pressemitteilung des Bundesministeriums für Gesundheit vom 18. Dezember 2014:

<http://www.bmg.bund.de/presse/pressemitteilungen/2014-04/kabinett-beschliesst-praeventionsgesetz.html>

*"Es ist nicht mehr nur ›Big Tobacco‹, das Gesundheitswesen hat auch mit ›Big Food‹, ›Big Soda‹ und ›Big Alcohol‹ zu kämpfen. Alle diese Industrien fürchten Regulierungen und benutzen dieselben Taktiken, um sich zu schützen. (...) **Kein einziger Staat hat es geschafft, die Adipositas-Epidemie in allen Altersgruppen zu stoppen. Hier mangelt es nicht an individueller Willenskraft. Hier mangelt es am politischen Willen, sich mit einer großen Industrie anzulegen.**"³ (Übersetzung und Hervorhebung durch foodwatch)*

Grundsätzlich müssen die im Gesetzesentwurf mehrmals genannten Ziele wie „Gesundheitsförderung und Prävention in Lebenswelten/ gesundheitsfördernde Rahmenbedingungen/ gesundheitsförderliches Lebensumfeld“ konkretisiert und spezifische Maßnahmen benannt werden, die durch Änderung der allgemeinen Lebensverhältnisse (über die einzelnen Lebenswelten hinaus) das Erlernen und Beibehalten einer ausgewogenen und gesunden Ernährung vereinfachen und begünstigen.

Zu Artikel 1 Nummer 4 § 20 Absatz 3 SGB V (Gesundheitsziele im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention):

Wie sowohl vom Bundesrat als auch von verschiedenen Gesundheitsverbänden gefordert, muss die Prävention von Übergewicht und Adipositas zur Zielvorgabe werden. foodwatch plädiert für folgende Formulierung in Form eines eigenen Gesundheitsziels:

„8. Prävention von Fehlernährung, Übergewicht und Adipositas durch Schaffung gesunder Lebensverhältnisse“

Folgende sich darauf beziehende Erläuterung muss darüber hinaus im Gesetz verankert werden:

„Maßnahmen wie Ernährungsbildung oder Bewegungsförderung, die lediglich auf die Verhaltensänderung des Einzelnen zielen, sind nachweislich ungeeignet, um Adipositas und ernährungsmitbedingte Krankheiten zu verhindern. Erst wenn die Verhältnisse gezielt verändert werden, wird sich auch das (Ernährungs-)Verhalten über alle sozialen Gruppen hinweg verbessern.

Zu diesem Zweck ist ein Zusammenspiel aus verschiedenen Maßnahmen nötig:

- eine Beschränkung des an Kinder gerichteten Marketings für unausgewogene Lebensmittel,
- eine verbraucherfreundliche Nährwertkennzeichnung in Ampelfarben,
- eine Zucker- und Salzreduktion in verarbeiteten Lebensmitteln,
- verbindliche Standards für Kita- und Schulverpflegung,
- eine Mehrwertsteuer-Reform, die ausgewogene Lebensmittel begünstigt, sowie
- von den Interessen der Lebensmittelwirtschaft vollkommen unabhängige Ernährungsbildungs- und Sportförderungsprogramme.“

Fazit

Nur, wenn die Mitverantwortung der Lebensmittelwirtschaft für den Anstieg von Übergewicht, Adipositas und chronischen Krankheiten im Präventionsgesetz eindeutig adressiert und entsprechende Gegenmaßnahmen verankert werden, wird sich die für die Betroffenen sowie für die Gesamtgesellschaft fatale Entwicklung zurückdrängen lassen.

³ Margaret Chan, Generaldirektorin der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Rede bei der 8. "Global Conference on Health Promotion" in Helsinki, Finland am 10. Juni 2013:
http://www.who.int/dg/speeches/2013/health_promotion_20130610/en/